

# Antragsbereich D: Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D1\_17/2

---

1 Antragssteller\*in: Juso-Hochschulgruppen Sachsen

2  
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

## 4 5 **D1\_17/2 Für ein Ende der Traurigkeit: Gegen** 6 **die AfD, nationalistische Krisen-„Lösung“ und** 7 **für eine emanzipatorische Perspektive**

8 Die Bundestagswahl am 24.09. hat gezeigt: Die ökonomische Krise ist in der politischen Sphäre  
9 angekommen, auch in Deutschland. Die jahrelange Große Koalition und eine Politik der  
10 neoliberalen Alternativlosigkeit ohne einen positiven Zukunftsentwurf haben zu einer  
11 reaktionären Neuformatierung gesellschaftlicher Zustände geführt. Erstmals seit den 1950er  
12 Jahren ist eine offen völkische, rassistische und antisemitische Partei in den Deutschen  
13 Bundestag eingezogen. Durch den Einzug der Alternative für Deutschland hat die neue Rechte  
14 eine parlamentarische Bühne bekommen und gleichzeitig bessere Möglichkeiten sich und ihre  
15 menschenverachtenden Projekte zu finanzieren: Hunderte von Mitarbeiter\*innen-Stellen aber  
16 auch Einflussmöglichkeiten in Gremien und Ausschüssen ermöglichen eine Professionalisierung  
17 der parteiinternen Strukturen. Das stellt uns vor eine ernsthafte Bedrohung.

18  
19 Es ist verkürzt, den Siegeszug der AfD einfach damit abzutun, dass es diesen Anteil an rechts-  
20 nationalistischen Strömungen und Parolen schon lange in der deutschen Gesellschaft gibt. Denn  
21 als spezifische Formation mit einer eigenen Dynamik sind sie neu. Vielmehr ist das Erstarken der  
22 neuen Rechten innerhalb und außerhalb der Parlamente nicht monokausal zu erklären, sondern  
23 bedarf einer umfangreichen Analyse. Insofern stellt auch dieser Antrag nur einen Beitrag zu  
24 dieser Analyse dar. Die ökonomische Krise alleine vermag die strukturellen rassistischen und  
25 völkischen Haltungen in der Gesellschaft nicht erklären und verharmlost insoweit faschistische  
26 Mechanismen und die Eigenverantwortlichkeit jeder einzelnen Person.

27 Mit einer gesellschaftlichen und politischen Polarisierung haben wir es nicht nur seit dem  
28 Rechtsruck in der Bundesrepublik zu tun, der sich insbesondere angesichts der hohen Anzahl  
29 Geflüchteter zeigte. Nicht nur in der süd- und osteuropäischen Peripherie, sondern auch  
30 hierzulande- im Herzen des neoliberalen Europas mit seiner Austeritätspolitik- gab es einen  
31 entschiedenen Dissens gegen diese politischen Entwicklungen. Nicht nur die politische Linke hat  
32 sich mit Geflüchteten solidarisiert, sich für eine offene Gesellschaft engagiert und bei  
33 kapitalismuskritischen Protesten für eine emanzipatorische Perspektive jenseits von  
34 verwaltenden Regierungsformen und rechten Rückschritt gestritten. Auch die Proteste am  
35 Wahlsonntag gegen die AfD in Frankfurt, Berlin, Leipzig, Göttingen und anderswo waren ein  
36 Zeichen der Hoffnung.

37 **It's capitalism stupid! - Die soziale Frage neu stellen**

38 Aber diese progressiven Ansätze werden blockiert - auch von Parteien links der Mitte. Es ist  
39 vollkommen absurd wenn "linke" Politiker\*innen wie Sahra Wagenknecht oder Oskar Lafontaine  
40 sich nach dem Erfolg der AfD um Normalisierung bemühen, eine entschiedene Abgrenzung von  
41 Rassist\*innen und Antifeminist\*innen vermissen lassen und jenen sogar noch Verständnis  
42 entgegenbringen. Aber auch in unserer eigenen Mutterpartei gibt es diese Tendenzen. Wir dürfen  
43 es niemals unwidersprochen hinnehmen, wenn unser eigenes Spitzenpersonal im Zusammenhang  
44 mit der Geflüchteten-Politik von Bestrafung und Begrenzung spricht. Statt dieser  
45 Abschottungspolitik und Anbiederung an rechte Parteien braucht es den Mut zu progressiven  
46 Antworten. Für uns ist klar: Solidarität und Menschlichkeit kennen keine Grenzen. Der  
47 Rückbesinnung auf den Nationalstaat wollen wir eine emanzipatorische internationalistische  
48 Politik entgegenstellen.

49 Das Gegenteil ist der Fall: Die historisch gescheiterten Ansätze einer nationalen Lösung der  
50 sozialen Frage ist weder progressiv noch zielführend. Die - auch von Teilen der Sozialdemokratie-  
51 romantisierte Vision eines „Zurück“ in die Enge des Sozialstaats auf nationaler Ebene, eignet sich  
52 nicht mal mehr für reformistische Politikansätze. Als Konsequenz kann die soziale Frage im 21.  
53 Jahrhundert nur grenzübergreifend adäquat beantwortet werden. Der Rechtsruck in Deutschland  
54 wird nicht durch Übernahme rechter Positionen und Anpassung an ihn zurückgedrängt werden.  
55 Die parlamentarische und außerparlamentarische Linke und auch die Sozialdemokratie ist gut  
56 beraten sich jeder nationalistischen Rhetorik zu widersetzen und nationalismus- und  
57 kapitalismuskritische Lösungsansätze für komplexe Probleme zu forcieren.

58 Diese Lösungsansätze müssen auch in den Erneuerungsprozess der SPD einfließen. Wenn sie sich  
59 nicht traut wieder eine klare linke Haltung zu den großen Gerechtigkeitsfragen einzunehmen,  
60 wird sie es anderen europäischen Schwesterparteien gleichtun und in der Bedeutungslosigkeit  
61 verschwinden. Die Sozialdemokratie muss sich eindeutig links positionieren und als verlässlicher  
62 Bündnis- und Ansprechpartner für progressive und emanzipatorische Bewegungen bereitstehen.  
63 Trotzdem muss auch hier immer wieder selbstkritisch geprüft werden mit welchen Akteur\*innen  
64 Bündnisse eingegangen werden: Regressive Kapitalismuskritik und Antisemitismus können niemals  
65 Teil der Lösung ein.

66 **Immer wieder Sachsen...**

67 Progressive Bewegungen wie auch die Juso-Hochschulgruppen müssen in vielen Teilen  
68 Deutschlands mit den Bedrohungen eines gesellschaftlichen Rechtsrucks umgehen. Daher wäre es  
69 verkürzt das starke Abschneiden der AfD bei der vergangenen Bundestagswahl nur auf die  
70 ostdeutschen Bundesländer zu reduzieren. Auch im bayerischen Wald, Städten im Ruhrgebiet  
71 oder in Pforzheim im Zentrum Baden-Württembergs konnte die AfD starke zweistellige Ergebnisse  
72 erreichen. Trotzdem sticht gerade das sächsische Ergebnis nochmal besonders heraus. Im  
73 Freistaat Sachsen haben nicht nur 27 Prozent der Wähler\*innen der AfD die Stimme gegeben,  
74 sondern nochmal soviel einem Rechtsaußen CDU-Landesverband, der sich immer wieder  
75 antifeministisch und nationalistisch positioniert. Neben der parlamentarischen Verfestigung des  
76 rechten Milieus gibt es in Sachsen fast täglich Übergriffe auf Geflüchtete, Linke und  
77 Andersdenkende. Auch wir haben diese Entwicklung an der Basis gespürt. Wir wurden im  
78 Wahlkampf angepöbelt und sogar angegriffen. Die Tabubrüche der AfD und die Verschiebung des  
79 Sagbaren haben der Partei keine Stimmen gekostet. Die Wähler\*innen dieser Parteien dürfen  
80 nicht entmündigt werden. Wer einer offenen rassistischen Partei seine Stimme gibt, trägt  
81 Mitschuld an einer Verschlechterung der gesellschaftlichen Zustände. Sie wurde nicht wegen,  
82 sondern trotz ihres menschenverachtenden Profils gewählt. Hier bedarf es einer Sensibilisierung

83 der Partei und der Juso-Hochschulgruppen: Gerade in strukturschwachen Regionen wie  
84 beispielsweise in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern braucht es Unterstützung in Form von  
85 bildungspolitischen Seminaren und Veranstaltungen. Auch innerverbandlich müssen wir uns mit  
86 der Neuen Rechten theoretisch auseinandersetzen, Gegenstrategien entwickeln und  
87 antifaschistische Bündnisse stärken und aktiv unterstützen.

88

89 **Wir fordern:**

- 90 • Eine klare Positionierung der Jusos, Juso-Hochschulgruppen gegenüber der Mutterpartei.  
91 Es darf kein “weiter so” geben!
- 92 • Die soziale Frage neu stellen: Für eine konsequente und differenzierte  
93 Kapitalismuskritik!
- 94 • Aktive Mitarbeit für linke Positionen innerhalb und außerhalb der Partei
- 95 • Die SPD & Jusos müssen wieder verlässliche Ansprechpartner\*innen für soziale  
96 Bewegungen werden: Gegen die Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Protests!
- 97 • Juso-Hochschulgruppen in strukturschwachen Regionen müssen vor Ort unterstützt  
98 werden!
- 99 • Für einen konsequenten Antifaschismus: Gegen die Übernahme rechter und  
100 menschenfeindlicher Positionen in die eigene Programmatik!